

Wiesbadener Tagblatt.

Berlin Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Exakter-Poste geöffnet von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach-Nr. 7485.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 7485-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen
Postfach-Nr. 7485.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 37.—, in den Ausgabenstellen: M. 38.—, auch die Träger ins Haus abgeholt M. 44.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabenstellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entfallenden Entgelts.

Einzelgenuss: Erstliche Ausgaben M. 7.—, Finanz- und Kulturbeilage-M. 10.—, auswärtige Ausgaben M. 10.—, örtliche Ausgaben M. 20.—, auswärtige Ausgaben M. 25.— für die einpaltige Kolonialbeilage oder deren Raum. — Bei wiederholter Abnahme ununterbrochener Ausgaben entfallen die Nachk. — Schluss der Abnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr mittags. — Für die Abnahme von Ausgaben an vorgedruckten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Büchergasse 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Donnerstag, 31. August 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 405. + 70. Jahrgang.

Staatssekretär Schröder vor der Reparationskommission.

Vor der Entscheidung!

Der deutsche Bevollmächtigte Staatssekretär Schröder hat der Reparationskommission am Mittwoch in zwei Sitzungen das deutsche Exposé vorgetragen und dann noch einige Fragen beantwortet. Die Entscheidung der Reparationskommission muß nunmehr heute fallen. Nach dem Verlauf der Sitzungen der Reparationskommission besteht für Deutschland kein Grund zu irgendwelchem Optimismus. Bis zum letzten Augenblick ist der Spruch der Reparationskommission von niemand klar vorauszu sehen. Die verschiedenen Auffassungen der englischen und der französischen Politik streben sich bis zuletzt schroff gegenüber. Die englische Presse machte freilich noch einige Stimmung für ein Kompromiß zwischen der Auffassung Bradbours und derjenigen Poincarés. Aber der französische Ministerpräsident und die französische Presse bemühen sich um so lebhafter, ihr unbegrenztes Festhalten an den „produktiven Pfändern“ zu betonen. Über die Notwendigkeit eines Zahlungsaufschubs für Deutschland besteht eigentlich kein Zweifel, nur über die Bedingungen der Stundung gehen die Ansichten weit auseinander. Klarheit herrscht diesmal eigentlich nur an allen verantwortlichen Stellen Deutschlands. Hier besteht Einmütigkeit darüber, daß bei dem gegenwärtigen Markkurs jede Goldzahlung unmöglich sei. Ebenso undurchführbar erscheint der Vorschlag, einen Teil des restlichen Goldbestandes der Reichsbank bei der Bank von England oder im besetzten Gebiet zu deponieren, schon weil die Reichsbank inzwischen auf ausdrückliches Verlangen der Entente autonomen geworden ist. Auch der Ausweg, als Garantie für das Moratorium deutsche Schatzwechsel zu hinterlegen, erscheint ungangbar, weil eine zahlungsunfähige Regierung keine kurzfristigen festen Verpflichtungen übernehmen kann. Dagegen ist das deutsche Anerbieten der Sicherung von Kohlen- und Holzlieferungen an Frankreich durch Lieferungsvertrag mit den beiden deutschen Industrieverbänden bis ins einzelne ausgearbeitet und rechtzeitig durch die deutschen Vertreter der Reparationskommission offiziell unterbreitet worden. Von deutscher Seite ist also alles geschehen, was menschenmöglich ist, um eine erträgliche Entschädigung der Reparationskommission herbeizuführen. Deshalb fällt auch alle Verantwortung für das Kommen auf diese „sovereäne“ Kommission!

Die Verhandlungen am Mittwoch.

D. Paris, 31. Aug. (Eia. Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat sich am Mittwochvormittag 10 Uhr nachmittags versammelt, um die deutschen Delegationen anzuhören. Auch der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten und die Vertreter der kleinen Entente wohnten der Sitzung bei. Von deutscher Seite war nur Staatssekretär Schröder begleitet von einem Sekretär und einem Dolmetscher, anwesend. Schröder gab von 10.30 bis 12.30 Uhr ein allgemeines Exposé über

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands.

Er erklärte: Durch die Ermittlungen, die das Garantiekomitee in Berlin anstellte, und durch die Informationen, die über die von Mitgliedern der Reparationskommission in Berlin eingeholt wurden, ist die Reparationskommission eingehend über die Lage Deutschlands unterrichtet worden. Es möchte sich interessieren auf die Verhandlungen, die Minister Hermes im Mai hier geführt hat. Damals wurde in einer schwierigen Lage die Lösung gefunden:

1. für die Geländung des deutschen Reichshaushalts.

2. für die Abrechnung der deutschen Finanzen durch die Reparationskommission.

Die Forderungen, die die Reparationskommission für die Geländung des deutschen Reichshaushalts

aufstellte, bestanden vor allem darin, daß die schwebende Schuld auf den Stand vom 31. März d. J. beschränkt bleiben sollte, während die für Devisenzahlungen auf Grund des Vertrages von Versailles auszuwärtigen werden. Der Zuwachs sollte zunächst durch eine innere Anleihe gedeckt werden. Die deutsche Regierung hat diese Lösung unter der Voraussetzung angenommen, daß ihr in angemessener Frist eine ausreichende äußere Anleihe bewilligt werden würde. Diese Anleihe ist leider bisher noch nicht zustande gekommen. Trotzdem hat die deutsche Regierung unabhängig hiervon auf die Einlösung der schwebenden Schuld hingearbeitet. Trotz des steigenden Marktkurses hatte sie folgende Erfolge: Für Devisenzahlungen waren bis zum 30. Juni 21,5 Milliarden Papiermark aufzuwenden. Die schwebende Schuld hatte bis zum 30. Juni gegenüber dem 31. März nur um 23 Milliarden zugenommen, so daß sich ein Nettowachstum der schwebenden Schuld ergab, der durch die bereits vorbereitete Ausgabe von konfiszirten Schatzscheinen gedeckt werden sollte. Minister Hermes hatte ferner bei den Pariser Verhandlungen die Einnahme aus den Zöllen und Steuern aller Art für 1922 auf rund 149 Milliarden Papiermark geschätzt. Hierbei ging man bei der Verständigung aus. Die tatsächliche Entwid-

lung in den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres von April bis Juli hat erheblich höhere Zahlen erbracht, und zwar während von Monat zu Monat und noch nicht stark beeinflusst von dem Fall der Mark. In diesen vier Monaten sind bereits mehr als 70 Milliarden Papiermark eingegangen, so daß bei gleichbleibenden Verhältnissen mit einem Jahresertrag von mehr als 210 Milliarden Mark gerechnet werden könnte. Dazu tritt das Ergebnis der Zwangsanleihe mit zunächst 40 Milliarden Papiermark im Jahre 1922. Hiernach dürfte erwartet werden, daß für die Reparationskommission aus den Einnahmen des Reiches ein erheblicher Beitrag verfügbar sein würde als im Mai angenommen wurde.

Die Überwachungsmaßnahmen

rüber in gemeinschaftlicher Verständigung zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung in Berlin ausgearbeitet. Hierdurch hat die Reparationskommission die Möglichkeit erhalten, einen vollen Einblick in die deutsche Finanzwirtschaft zu jeder Zeit zu gewinnen. Das ganze Ergebnis wurde erzielt nicht durch Diktat, sondern durch persönliche Zusammenarbeit zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung. Der erwartete dauernde Erfolg der Maßnahmen wurde durch zwei Umstände vereitelt, die außerhalb des Reichsbereichs der deutschen Regierung liegen, nämlich einmal durch das Vorkommen der Beratungen des Anleihekommitees und dann durch die Ermordung Rathenaus. Beide Ereignisse haben den Optimismus und die Hilfsbereitschaft in Deutschland und im Ausland in Bezug auf die Finanzen des Reiches zu einer Panik beigetragen. Die immer schlimmeren Formen angenommen hat. In weniger als zwei Monaten ist der Dollar von etwa 300 auf über 2000 geklettert und das englische Pfund von etwa 150 auf etwa 1000 M. Eine solche Entwicklung wirkt selbstverständlich jedes Budget über den Haufen und macht jede Stundung auf Eindämmung der schwebenden Schuld für absehbare Zeit zu nichts. Nun wird von maßgebenden politischen Kreisen des Auslandes der Vorwurf erhoben, daß der Zusammenbruch der Mark von Deutschland selbst abhän glich herbeigeführt worden sei, um sich der Reparation zu entziehen. Dieser Vorwurf richtet sich weniger gegen die deutsche Regierung als gegen gewisse Interessengruppen. Eine solche Politik wäre bahnlös und eine Politik des Selbstmordes; denn die Vernichtung der Mark führt unmittelbar zur Vernichtung des gesamten wirtschaftlichen Lebens und zum Absterben auch der Industrie, die den Auslandsmarkt immer mehr verliert und vom Ausland nicht mehr importieren kann, zu schweren Hungers, wenn nicht gar zum politischen Umsturz. Es mag zutreffend sein, daß viele Einzelpersonen in Deutschland infolge des Verfalls der Mark sich im Besitz von Devisenbeständen befinden, aber die für und wieder aufsteigenden hohen Schätzungen des Gesamtvermögens dieses Devisenbesitzes sind höchlich übertrieben. Die große Masse des deutschen Volkes ist nach wie vor an der Papiermark angewiesen und vom Schicksal der Papiermark direkt abhängig. Schon heute kann man sagen, daß

das gesamte mobile Kapital Deutschlands vernichtet ist.

Das ergibt sich vor allem auch aus den Kurven der deutschen Industrieproduktion. Nur wenige sind gegenüber dem Früherwert bis auf das Zwanzigfache gestiegen. Die Mehrzahl der Aktien weist eine nur geringe Steigerung auf, etwa auf das Drei- bis Vierfache. Bedeutend mehr, das heißt das Vielfache der Goldmark, zur Papiermark mindestens wie 200:1 ist, so wird ohne weiteres erkennbar, daß auch die Besitzer deutscher Aktien an ihrem Geldkapital ungeheure Einbußen erlitten haben. Die Dividenden der großen Industrie- und Handelsbanken und Konten betragen auf die Goldmark umgerechnet, nur noch einen Bruchteil eines einmonatigen Bragates. Die Besitzer von Rentenscheinen erleiden fast einen Totalverlust. Diese Folgen soll Deutschland oder die deutsche Industrie abköpflich herbeigeführt haben? Das jemand noch

kurz vor seinem Tode Selbstmord

begeht, erlaubt sich zwar bei einem geistreichen Schriftsteller wie Hauptmann sagen zu lassen: es kann aber nicht in die Politik eines großen Volkes liegen. In Wahrheit ist die Vernichtung des Marktkurses auf die ansehnlichste Lage und die immer längere Verzögerung der praktischen Lösung der Reparationsfrage zurückzuführen. Die Stellung kann nicht durch Zwang und Drohung oder Diktat herbeigeführt werden, sondern nur durch die

Wiederherstellung des Vertrauens

auf der Grundlage der Verständigung und Zusammenarbeit.

Die Begründung des deutschen Garantie-Vorschlags

In der Nachmittags-Sitzung führte Staatssekretär Schröder dann folgendes aus: Als bei den informativen Sitzungen mit Sir John Bradbours und Herrn Raucière deutscherseits der Vorschlag gemacht wurde, die Holz- und Kohlenlieferungen durch privatrechtliche Verträge

unmittelbar mit den Lieferanten zu sichern, hatte vorher nur mit einem gerade in Berlin anwesenden Vertreter der Kohlenindustrie gesprochen werden können, der grundsätzlich einverstanden war. Die Annahme der deutschen Regierung geht dahin: Es sollen feste Lieferungsverträge zunächst bis Ende 1923 über die für diese Zeit festzulegenden Beträge in gleicher Weise abgeschlossen werden, in welcher sonst im geschäftlichen Verkehr derartige Lieferungsverträge abgeschlossen zu werden pflegen. Es würden hierbei insbesondere auch die im geschäftlichen Verkehr sonst üblichen Sicherungen vorgezogen werden können. Ein solches Verfahren würde einen sehr erheblichen Unterschied gegen das bisherige darstellen. Bisher mußte die deutsche Regierung die von Zeit zu Zeit durch die Reparationskommission festgesetzten Liefermengen auf die Produzenten verteilen und von ihnen die Lieferungen fordern. Eine solche Forderung konnte mit privaten, sonst übernommenen Verpflichtungen auf Lieferungen kollidieren und es konnten sich in-

folgenden bei der Disposition über die produzierten Mengen für den Produzenten erhebliche Schwierigkeiten für die Möglichkeit der Reparationslieferungen ergeben. Wird dagegen ein unmittelbarer Lieferungsvertrag von den Lieferanten bis Ende 1923 abgeschlossen, dann haben die Lieferanten bei der Übernahme sonstiger Lieferungsverpflichtungen diese von ihnen vorher übernommenen privatrechtlichen Reparationsverpflichtungen von vornherein zu berücksichtigen und können ihre Gesamtdispositionen hiernach treffen. Damit ist eine unmittelbare und bedingungslose Gewähr der Durchführung gegeben ebenso wie für jeden anderen privatrechtlichen Lieferungsvertrag.

Die deutsche Regierung hat dann sofort die maßgebenden Vertreter der Kohlenindustrie nach Berlin zusammenberufen und hat gestern mit ihnen ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, die Verhandlungen dahin fortzuführen, daß die Lieferungen von privatrechtlichen Organisationen übernommen werden. Hierbei haben Formulierungen über Einzelheiten noch nicht aufgestellt werden können. Man ist vielmehr davon ausgegangen, daß es sich nicht empfiehlt, diese Formulierungen alsbald in Verhandlungen mit den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte zu legen. Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, daß sofort zu diesem Zweck

unmittelbare Verhandlungen

zwischen den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte und den liefernden Endabnehmern, vertreten durch die Herren Hugo Stinnes, Peter Klöcker, Lüben und Silberberg, unter Beteiligung der Reichsregierung, aufgenommen werden und schlägt als Verhandlungsort Wiesbaden vor. Die Verhandlungen über die Lieferungen von Holz könnten sich dann unmittelbar an die Verhandlungen über die Kohlen anschließen, nachdem sie in entsprechender Weise durch Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Produzenten vorbereitet sind.

Die Weiterführung der Verhandlungen mit den Industriellen hat natürlich nur dann einen Zweck, wenn uns die Reparationskommission jetzt wenigstens einen Fingerzeig dafür geben kann, ob überhaupt die Aussicht besteht, daß man auf der Grundlage dieses Gedankens

Gewährung des beantragten Zahlungsaufschubs

bis Ende 1922 kommen kann. Man kann nicht verlangen, daß etwa jetzt schon fertige Lieferungsverträge vorgelegt werden, ohne daß man weiß, wohin derartige Verhandlungen führen. Wenn etwa die Reparationskommission der Ansicht sein sollte, daß der ganze Gedanke der Lieferungen nicht ausreicht, um einen Zahlungsaufschub zu gewähren, so würde die deutsche Regierung die genannten Industriellen nicht erst zu neuen und Einzelverhandlungen veranlassen. Es muß wenigstens eine Hoffnung dafür gegeben sein, daß die Reparationskommission den Zahlungsaufschub für den Fall billigt, daß über die Einzelheiten noch eine Verständigung erzielt werden wird. Ich bitte daher die Reparationskommission, mir zunächst eine Antwort auf eine Frage zu geben:

Ob ihr der Gedanke der Lieferungsverträge geeignet erscheint, als Bedingung für den Zahlungsaufschub zu dienen.

Wird diese Frage verneint, dann hat die Verfolgung des Gedankens keinen Zweck. Wird die Frage grundsätzlich bejaht, so können die Einzelverhandlungen mit den genannten Industriellen sofort aufgenommen werden.

Heute nachmittag endgültige Beschlusfassung.

W.T.B. Paris, 31. Aug. Wie die Morgenblätter melden, findet heute vormittag nur eine offizielle Zusammenkunft der Reparationskommission statt, während die entscheidende Sitzung auf Nachmittag anberaumt ist.

W.T.B. Paris, 31. Aug. (Drahtbericht.) Laut Havas wird die Reparationskommission in ihrer heutigen Nachmittags-Sitzung ihren endgültigen Beschlus fassen und gleichzeitig mit ihrem Entschlus den Text der deutschen Vorschläge veröffentlichen. Die Delegierten der Reparationskommission, die beim Verlassen der gestrigen Sitzung gefragt wurden, haben sich geweigert, irgend eine Meinung auszusprechen. Sie haben nur erklärt, daß die Kommission dem Staatssekretär Schröder angehört hat, ohne ihn zu unterbrechen und ohne eine Zustimmung oder eine Ablehnung erkennen zu lassen. Es bestätigt sich aber, daß in nichtamtlichen Besprechungen der Versuch gemacht wurde, eine vorläufige Regelung der nächst-fälligen deutschen Barzahlungen dadurch zu ermöglichen, daß Deutschland an Belgien, dem nach den alliierten Vereinbarungen die nächste Barzahlung zukommt, einen sechsmonatlichen Schatzwechsel geben soll. Für diesen Wechsel verlangt Belgien die Unterschrift der Reichsbank, die durch Golddepots in voraussetzlicher Höhe von 270 Millionen Goldmark im Ausland garantiert werden soll. Die Reichsbank hat nicht geglaubt, für diese Goldabgabe die Verantwortung übernehmen zu können.

Eine Lösung in erster Stunde?

W.T.B. London, 31. Aug. „Daily Chronicle“ meldet aus Paris, man sei der Ansicht, daß die deutschen Angebote den Forderungen der französischen Regierung nach produktiven Garantien keineswegs gerecht werden. Man hege doch immer noch die Hoffnung, daß in erster Stunde eine für alle Alliierten annehmbare Lösung gefunden werden könnte.

W.T.B. London, 31. Aug. Der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ berichtet, daß Bradbours ihm mitgeteilt habe, er reise zu dem von dem belgischen Delegierten vorgeschlagenen Plan und sei der Ansicht, daß es möglich sein könnte, auf dieser Grundlage zu einer Lösung zu gelangen.

Schlechte Auskünfte für ein Moratorium.

D. Paris, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Nach Blättermeldungen äußerte sich Bradburn nach Schluß der gestrigen Sitzung der Kommission ziemlich skeptisch über die Aussichten einer Einigung. Er gab zwar selbst kein Urteil über die von Staatssekretär Schröder gemachten Vorschläge ab, laute jedoch, einer seiner Kollegen habe gesagt, leider werden die deutschen Vorschläge nicht genügen, um die Zustimmung der französischen Regierung zu finden. Auch ein anderes Mitglied der Reparationskommission, dessen Name nicht genannt wird, bezeichnet eine Lösung als sehr fraglich, da Frankreich die deutschen Vorschläge als nicht genügend betrachtet werde. Falls das deutsche Moratorium abgelehnt werde, würde Deutschland aufgefordert werden, die nächste Rate in Schachwecheln zu bezahlen. Frankreich werde sich nicht mit dem deutschen Vorschlag, ein Moratorium auf die Dauer eines Jahres zu gewähren, einverstanden erklären. Wenn Deutschland in Schachwecheln bezahle, so würden für diesen Fall keine Forderungen verlangt werden.

Auch im französischen Außenministerium wird angenommen, daß die Reparationskommission das deutsche Geläch um ein Moratorium ablehnen werde. Wenn aber das Moratorium nicht abgelehnt werde, so würde Frankreich sich über die Befähigung der Reparationskommission hinwegsetzen, wenn die Regierung es auch befehlen würde, sich von der Reparationskommission trennen zu müssen. Sie werde sich aber an deren Beschlüsse nicht gebunden fühlen. Dies ist der persönliche Standpunkt Souvarovs.

Der „Intransigent“ schreibt, der heutige Tag werde für die Entente entscheidend sein. Wenn die Reparationskommission den Beschluß fähe, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, wird Frankreich sich von der Reparationskommission zurückziehen. Wenn aber im Gegenteil Deutschland ein Moratorium verweigert würde, so würde England aus der Reparationskommission austreten. Im einen wie im anderen Falle würde das zu einer Revision des Versailler Vertrages führen.

Br. Berlin, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Eine Pariser Drahtung des „S. T.“ besagt, man müsse mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß das Moratorium abgelehnt werde, da die Entente nach der Ablehnung ihres Vorschlages mit Frankreich gegen die Bewilligung eines Moratoriums stimmen werden. In diesem Fall werde das Moratorium mit 2:2 Stimmen, bei Stimmgleichheit des Vorsitzenden Dubois abgelehnt werden. Die weitere Entwicklung dürfte dann die sein, daß die Reparationskommission Deutschland aufgeben werde, die am 17. August aufgelegene Zahlung innerhalb weniger Tage zu leisten, und wenn dies nicht gelänge, der von Frankreich geforderten Feststellung des Verschuldens Deutschlands zustimmen. Es sei aber unwahrscheinlich, daß darauf von Seiten der Reparationskommission Maßregeln folgen würden.

W. T. B. Paris, 31. Aug. St. Polce schreibt im „Journal“. Mit Ausnahme des immerhin möglichen Falles, daß der 31. August ein Tag der Geopertien wird, muß das Datum unter die bedeutendsten einer Zeitnahme gestellt werden, die die wichtige Stunden aufzuweisen hatte. Was heute entschieden werden wird, das ist ganz etwas anderes als die Annahme oder Verweigerung eines Moratoriums von einigen Monaten. Es ist die Befähigung des Bankrotts der Methode, die man bis zum heutigen Tag in der Reparationsfrage angewendet hat, der Beginn eines neuen Zeitalters, in dem Frankreich die Direktiven anzuwenden für sich in Anspruch nimmt und in dem sogar die Zukunft der Entente auf dem Spiele steht.

W. T. B. London, 31. Aug. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, sein Eindruck sei im gegenwärtigen Augenblick durchaus pessimistisch. Während Souvarov zu dem Schluß gelangt zu sein scheint, daß Frankreichs Freiheit einer höheren Gewohnheit vorzuziehen sei, werde die von der britischen Regierung während der Londoner Konferenz und von der britischen Delegation in Paris eingenommene Haltung von gewisser Seite als Andeutung dafür ausgelegt, daß für England eine formelle Trennung besser sei als dauernder Streit. Dem Korrespondenten zufolge kann das Moratorium durch eine klare Mehrheit abgelehnt werden, und wenn Bradburn der Möglichkeit gegenüber gestellt werde, mit seiner Stimme in der Minderheit zu bleiben, so werde er wohl keinen Antrag auf Gewährung des Moratoriums nicht stellen, sondern sich der Abstimmung enthalten und seine Gründe hierfür angeben. Das Moratorium könne aber auch durch Stimmengleichheit und Abgabe der ausfallenden Stimmen des französischen Vorsitzenden abgelehnt werden. Die Lage würde dann eukerisch erst sein, wenn der Triumph der französischen Delegation durch die Trennung des britischen Delegierten von seinen Kollegen führen. Wenn auf der anderen Seite die französische Delegation eine Niederlage erleide, würde eine nicht weniger ernste Lage entstehen.

W. T. B. London, 31. Aug. Der Berliner Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, wenn heute in Paris kein Wunder geschieht, wird die Mark einen schlimmeren Sturz denn je erleben.

Aus Kunst und Leben.

* Herbert Eulenberg. Den ersten Abend der Vortragsreihe: Die Romantiker und der deutsche Mensch, hatte der bekannteste und unkritischste aller rheinischen Dichter übernommen. Wer Eulenberg aus seinen Dramen mit ihren angedeuteten und brodelnden Leidenschaftlichkeiten, möchte am Vortragsstisch des kleinen Kirchenhauses so etwas wie den Tonus eines Sturm- und Drang-Dichters erwarten haben. Indessen verbreitete sich der Schöpfer der Anna Walewsta und des Wälschens über kein Thema „Triumph der Romantiker heute, morgen und in Ewigkeit“ mit einer Gelassenheit, die in hartem Gegensatz zu Wilhelm Schöfers temperamentvoller Rede stand. Sein Vortrag bewegte sich etwa auf der mittleren Linie zwischen Literaturschicksale und geistreichem Humoreske. Schöfer hatte die landläufige Auffassung der Romantiker stark erschüttert; Eulenberg aber löste den Beifall nicht aus, indem er den Gegensatz zwischen Klassik und Romantik für Schulmeister erklarte. Für ihn ist der Romantiker und der wahre Dichter letzten Endes eine Person, und so entwarf er ein Bildnis dieses Dichters, dem er die Vortragsreihe seines geliebten Jean Paul verlieh. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die Vorstellung von dem verirrten, lebensabgewandten Romantiker. Allerdings ist die Romantiker der Voraussetzung jeder künstlerischen Tätigkeit, selbst der realistischen, sie schließt aber ein praktisches Verhalten an den Fragen der Politik, der Wissenschaft und des Lebens keineswegs aus. Interessant waren Eulenbergs politische Seitenblicke. Er sprach von den hamletarischen Jähren des deutschen Volkes und meinte, nicht in Jüriel, sondern ein Augenblick an Romantik habe die rein materielle Kultur des wilhelminischen Zeitalters in die Katastrophe geführt. Aber der romantische Dichter ist voller Gläubigkeit, er weiß, daß die Not nicht die Bedingung des Untergangs ist. So bei der Epoche der größten Dürftigkeit um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert die herrliche Blüte der Kunst und der Dichtung hervorbrachte. Nicht das Zeitalter Bismarcks, sondern das des Freiherren vom Stein ist uns als Vorbild dienen, dann werden wir als das Volk der Dichter und Denker ebenso geliebt werden wie wir vor dem Krieg wegen unserer Machtstellung gehaßt wurden. Zwei Proben aus eigenen Dichtungen, viele schöne Gedanken und noch mehr schöne Worte bot Eulenberg den zahlreichen Zuhörern, die für den anregenden Vortrag mit lebhaftem Beifall dankten, obwohl das allabendliche Gewand einer kult-

Grenzen der Erfüllungsmöglichkeit.

Br. Berlin, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der „Vorwärts“ schreibt an der Spitze seiner heutigen Morgen-Ausgabe unter der Überschrift „Grenzen der Erfüllungsmöglichkeit“ u. a.: Das erste Zusammentreffen der deutschen Unterhändler in Paris mit den Vertretern der Reparationskommission am Mittwochvormittag läßt den in der letzten von der Auslands- presse zum Ausdruck gebrachten Optimismus über den Ausgang der Reparationsbesprechungen nur wenig berechtigt erscheinen. Die Reparationskommission steht dem letzten deutschen Vorschlag nicht direkt ablehnend gegenüber, aber sie beabsichtigt auch nicht, ihn als Basis zur Bewilligung des von Deutschland beantragten Moratoriums anzuerkennen. Das letzte deutsche Anerbieten wird in Paris als eine Garantie für die deutschen Sachlieferungen betrachtet, so daß man als Garantie für die Stundung der Barleistungen neue Forderungen aufstellt.

England will aus der Entente auscheiden.

D. London, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „New York Herald“ berichtet, soll Lord George entschieden sein, im Falle einer Sonderaktion Frankreichs Englands Rücktritt aus der Entente zu verkünden. England werde in diesem Falle die gleichen Grundzüge gegenüber dem Kontinent verfolgen wie Washington gegenüber Europa.

W. T. B. London, 31. Aug. Der parlamentarische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, Lord George stehe in enger Fühlung mit der Reparationsfrage, und falls es zu einem Bruch mit der Reparationskommission komme, oder falls Frankreich beschließen sollte, allein zu handeln, würde Lord George sofort nach London zurückkehren. Es würden dann Kabinettskonferenzen stattfinden, denn damit wäre eine Krise ersten Ranges herbeigeführt worden. Die Stimmung sei gestern Abend nicht allzu hoffnungsvoll gewesen.

Einpruch der Rheinlandkommission gegen die Ausfuhrabgabe für die Presse.

Br. Koblenz, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Rheinlandkommission hat gegen das Gesetz über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 27. Juli 1922, wonach alle auszuführenden Waren mit einer Abgabe von 10 v. H. des Ausschufpreises zu belegen sind, einen Einspruch eingelegt, da sie nicht annehmen könne, daß das Ermer Ausfuhramt sich mit der Erhebung solcher Abgaben befasse. Es scheint also, daß bei der Rheinlandkommission nur formale Gründe gegen die Zulassung des Gesetzes bestehen, so daß zu hoffen ist, daß in Bälde die Zulassung des Gesetzes nach den formalen Änderungen erfolgen werde.

Die Not der Zeitungen.

W. T. B. Berlin, 30. Aug. Die täglich steigende Not im Zeitungsgewerbe hat den Verlag der „Täglichen Rundschau“ gezwungen, den Redakteuren wie auch dem Personal zu kündigen. In dem Bündnis, das Blatt zu erhalten, hat sich der Verlag an Hugo Stinnes gewandt. Im Zusammenhang mit dem Nachrichtenapparat der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ soll der Versuch gemacht werden, die „Tägliche Rundschau“ weiter erscheinen zu lassen.

Br. Dresden, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die ungeheure Papierverwertung zwang die bisher zweimal erscheinenden Dresdener Tageszeitungen, am 1. September zum einmaligen Erscheinen überzugehen. Trotzdem muß der Preis noch erheblich erhöht werden.

Wilhelm II. Lebenserinnerungen.

Br. Berlin, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Am 29. Sept. beginnt im „Berliner Lokalanzeiger“ die Veröffentlichung der unter dem Titel „Ereignisse und Gestalten aus dem Jahre 1878–1918“ verfaßten Lebenserinnerungen des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. Der Verfasser beginnt mit Bismarck. Wir gewinnen einen Einblick in die ersten und schweren Kämpfe zwischen dem jungen Fürsten und seinem ersten Berater bis zu der Trennung. Die wichtigsten politischen Ereignisse stehen in den weiteren Abschnitten verstreut. Caprivi, Hohenlohe, Bülow und Bethmann. Es folgen Schilderungen aus dem persönlichen Verhältnis des Kaisers zum König von England, dem Zaren, dem König Eduard, u. a. den inneren Beziehungen des Kaisers zu Herz und Flotte, zur Kirche, Wissenschaft und Kunst. Dann folgt der Weltkrieg, endlich der Zusammenbruch mit dem Verlust der Krone. Diesen Vorgesängen ist das letzte Kapitel gewidmet, jedoch unter völliger Vernachlässigung der geistigen Auseinandersetzungen mit den kaiserlichen und politischen Ausrichtungen, die sich aus der revolutionären Bewegung ergaben.

vierten Sprache nicht selten prächtiger war als der Inhalt, den es vermittelte.

* Beethoven als Jazz-Musik. Der „Diktator der Tangmusik“ in Amerika, der aus Ungarn stammende Kapellmeister und Operntrompeter Armand Besen, der viele Jahre lang der Leiter des Orchesters im Savoy-Hotel war und es zum Vollorchesterleiter gebracht hat, ist in London eingetroffen und hat den neuerlichen Berichterstatter von seiner erstaunlichen Reform der Tangmusik in den Vereinigten Staaten erzählt. „Die Tangmusik in Amerika“ lautet er. „Alle Barbarei und Lärm ist aus ihr entfernt. Heutzutage haben wir die Vorherrschaft der großen Meister. Beethoven vor allem dient als Begleitung zum Jazz. Außerdem haben wir Strabius, Grieg, Mozart. Sie alle, die klassischen Meister, sind für die Tangmusik verwertet, und dadurch ist eine Harmonisierung und Aufrechterhaltung der Musik entstanden, die dem amerikanischen Publikum die beste Tangmusik selbst und sehr viel dazu beigetragen hat, die Amerikaner für die klassische Musik zu interessieren und mit ihr bekannt zu machen.“

* Die neuesten Marsbeobachtungen. Die aus der Beobachtung der diesjährigen Opposition des Planeten Mars vorliegenden Ergebnisse sind bis jetzt noch ziemlich flüchtig, was sich zum Teil aus dem tiefen Stand des Planeten, durch den ein großer Teil der europäischen Beobachter an dem erfolgreichen Studium der Marsoberfläche verhindert wurde, erklärt. Aber die bis jetzt an glücklicher gelegenen Beobachtungsorten gewonnenen Feststellungen geben uns folgende Originalmeldungen zu: Die diesjährigen Oppositionsbeobachtungen zeigen die Oberfläche des dunklen Mars-Kontinents an den meisten Stellen unverändert, aber besonders bis Ende Mai den Kontinent fast so hell wie die ockerfarbene Haut der Eisbedeckte des Mars-Meers. Da man eine große Anzahl Kanäle gesehen hat, kann zur Erklärung der undeutlichen Sichtbarkeit des Kontinents ein etwaiger schwacher Staubhauch der Marsluft nicht genügen; es muß vielmehr der Boden eine hellere Färbung angenommen haben, und zwar besonders durch Reif, in Übereinstimmung mit der ungeheuren Ausdehnung der Schneefläche am Pol. Mit der Zunahme der Sonnenstrahlung ist jetzt der Kontinent wieder dunkler geworden, daß also einen Teil des Reifs verdunstet und helle Flecken auf den zunächst liegenden Stellen des Ozeans deuten an, daß sich jetzt dort mehr Reif angelegt hat. Auch der Umstand, daß der Helligkeitsgrad der einzelnen Stellen von

Das Programm für die Konferenz der Ernährungsminister.

Br. Berlin, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die vom Reichsernährungsminister in der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses angekündigten Maßnahmen zur Überwindung der Not sind am Mittwoch erneut mit den Reichs- räten besprochen worden und haben schon greifbare Gestalt angenommen. Die Reichsregierung hat beauftragt die Ernährungsminister der Länder zu einer Beratung nach Hamburg zusammenberufen. Dem Kongress, der am 4. September im Hamburger Rathausaal beginnt, wird ein großzügiges Programm vorliegen, aus dem folgendes im Auszug sei:

Die Konferenz wird sich zunächst mit der allg. mehren Lage der Lebensmittelversorgung beschäftigen. Sie wird besonders die Frage der Lebensmitteltransporte aus den landwirtschaftlichen Überflusse- gebieten zu lösen haben. Infolge der abnormen Witterungs- verhältnisse fällt diesmal die Getreideernte mit der Kartoffelernte zusammen und stellt nicht nur die Landwirtschaft, sondern mehr noch die Eisenbahnverwaltung vor außer- ordentlich schwierige Aufgaben. Wenn das jetzt eintreffende geringere Erntemittel anhalt, hofft man auf eine reibungs- volle Überwindung der Schwierigkeiten. Natürlich muß eine Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitskräfte eintreten. Weiter wird die Konferenz Maßnahmen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung beschließen. Die Kartoffelversorgung der Großstadtbevölkerung soll mit Hilfe der Städte und Ge- meinden durchgeführt werden. Nach dem Muster der Stadt Berlin sollen städtische Kartoffelreserven vorge- schlagen werden. Auch die Zuckerverzehrung dürfte ähnlich geregelt werden. Die Zuckermaschinenindustrie, die Zucker- und Branntweinbrennereien werden auf schmales Zuckerkontingent gesetzt werden, um größere Mengen Zucker für die kleinen Mann frei zu bekommen. Für die Land- wirtschaft wird weiter unter Beteiligung der Länder eine Verbringung mit Dünngemitteln angestrebt unter Bezug von ausländischem Kunkdünger. Auf der Konferenz wird weiter die Frage einer großzügigen Fleischversorgung be- handelt werden. Bei den knappen deutschen Schlachtvieh- beständen soll versucht werden, südamerikanisches Gefrierfleisch in größeren Mengen einzuführen.

Erhöhung der Beamtengehälter.

Br. Berlin, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Einer Ab- ordnung von Beamten und Staatsarbeitern, die im Reichs- finanzministerium ihre Wünsche um Erhöhung der Teuerungszulage vorzulegen wurde von Regierungssseite erklärt, daß die Regierung bereits von sich aus den Entschluß gefaßt habe, eine Erhöhung der Bezüge vorzunehmen. Nächsten Dienstag sollen die Verhandlungen im Reichsfinanz- ministerium beginnen, in denen auch über die Erhöhung der Nebenbezüge wie Aufwandsentschädigung, Befähigungszulage, Nachdienstbezüge usw. gesprochen werden soll.

Dr. Birtz bleibt Außenminister.

W. T. B. Berlin, 30. Aug. Auf die vielfach in der letzten Zeit in der Presse erschienenen Anfragen wegen der eventuellen Besetzung des Reichsministe- riums des Äußern, das bekanntlich seit dem Tode Rathenau von dem Reichskanzler geführt wird, wird von zuständigen Seite mitgeteilt, daß weder die außenpolitische Lage noch die innerpolitischen Erwägun- gen es zurzeit wünschenswert machen, das Minister- rium des Äußern anderweitig zu besetzen. Der Reichs- kanzler wird die Geschäfte des auswärtigen Amtes, die mit der Gesamtleitung der Politik in engster Be- ziehung stehen, auch weiterhin führen.

Der Reichsjustizminister in München.

W. T. B. München, 31. Aug. Der Reichsjustiz- minister ist zu einer Besprechung mit dem bayeri- schen Justizminister gestern nach München ge- kommen. Wie er in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Münchener Post“ mitteilt, handelt es sich um die Beilegung von Schwierigkeiten bei der Erschließung an- hängiger Fälle. Es kämen bei der allgemeinen Besprechung noch sonstige Erwägungen in Frage. Die gemeinsame Not verleihe Kompetenzkonflikte, und die Verdon des bayerischen Justizministers verbürge den lokalen Vollauf der Ab- machungen.

Eine deutsche Note an Ungarn.

Br. Berlin, 31. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Post“ aus unterrichteter Quelle erfährt, hat der deut- sche Gesandte in Budapest der ungarischen Regie- rung eine Note überreicht, in der es heißt, daß anti- republikanische und staatsfeindliche Ele- mente an gewissen reaktionären Kreisen Beziehungen unterhalten und daß diese Elemente, wie der Reichsre- gierung bekannt sei, in Ungarn Unterlauf und Aufnahme ge- funden hätten.

einem Tag zum anderen wechselt, deutet auf Reif. Am 21. Mai jedoch hat man eine Wolke gesehen, da einer- seits Antares Sirius, andererseits Teile von Corvus und Dabir und die dazwischen liegende Uferlinie durch einen gelblichen Gegenstand für kurze Zeit verdeckt waren. Die gelben Wolken des Mars können nur als vulkanischer Staub erklärt werden. Wo ist der Vulkan dazu? West er auf der Insel Atabazae Frans im Nordosten der Sorris- Maris, die bisher unbeschrieben klein war, sich aber jetzt auf einmal über fünf Breitengrade erstreckt? Alle Erscheinungen liegen im Rahmen der bekannten, hier mehrfach besproche- nen Baumannschen Marsentdeckung. Auf Grund dieser Marsentdeckung wurde die Erwartung ausgesprochen, daß durch die dunklere dichtere Pflanzenhaut auf der Eisbede- ckung des Marsmeers mehr Feuchtigkeit als sonst verdunstet und ein Teil davon als Reif auf den Kontinent geleitet würde. Diese Erwartung ist sogar übertriften worden; denn die Schneefläche des Pols zeigte sich im Frühling dieses Jahres größer als je; sie reichte bis zum großen See Hellas; gleich- zeitig war der Kontinent so hell, daß er sich kaum von der Farbe des Eispanners auf dem Meer unterschied, also über- all mit viel Reif überzogen. Die zunehmende Sonnenstrahlung hat dann wieder etwas davon verdunstet. Ob aber die Sonne diesmal mit dem Aufsteigen des Polarlichtes eben- so weit fertig wird wie sonst, ist eine für die Atmosphä- re sehr interessante Frage.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. In seiner Rede zur Er- öffnung der Kunstausstellung im Museum gab der Vorsitzende des Verbands der Kunstfreunde in den Län- dern am Rhein, bekannt, daß der Vorstand des Verbands die mit dem Ernst-Ludwig-Preis gekrönte Plastik, den Männerkopf von Otto Schöller-Schweigen, der Stadt Biesbaden als Anerkennung für ihre dem Verband geleistete Unterstützung und zum Andenken an die erste große Ausstellung nach dem Krieg zum Geschenk mache. — Die Domhaubütte auf der Deutschen Gewerbeschau München, die einige Tage geschlossen bleiben mußte, ist wieder geöffnet worden. Die Aus- stellungseröffnung hat im Einvernehmen mit dem Schöpfer d'her Weileuna, Professor Peter Behrens, und den Garan- ten der Domhaubütte darauf verzichtet, den vielumritte- nen Christus von Professor Ludwig Gies den Besuchern weiterhin zu zeigen.

Veranstaltung der Schriftleitung 13 bis 1 Uhr.